

SUDETENDEUTSCHE LANDSMANNSCHAFT



Pressemitteilung

15. Juli 2005

München. Eine endgültige Bewertung einer Initiative des tschechischen Ministerpräsidenten Paroubek, so genannte „Antifaschisten“ unter den vertriebenen Sudetendeutschen symbolisch zu entschädigen, hat der CSU-Europaabgeordnete Bernd Posselt, Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, abgelehnt. Dazu müsse man den endgültigen Text des Vorschlages kennen. Posselt betonte, dass er sich über jeden Einzelfall freue, bei dem jemandem, dem Unrecht geschehen sei, wenigstens ein bisschen Gerechtigkeit widerfahre. Andererseits bestehe aber die Gefahr, dass durch solche Ausnahmeregelungen die Mehrheit der Sudetendeutschen weiterhin der moralisch und rechtlich völlig unhaltbaren Kollektivschuldannahme unterworfen bleibe. Das Unrecht der Beneš-Dekrete würde in diesem Fall nicht gelockert, sondern zementiert. Posselt warf auch die Frage auf, aufgrund welcher Kriterien der Kreis der Anspruchsberechtigten definiert werden solle, ohne Millionen unschuldiger Vertreibungsoffer auszugrenzen und dadurch erneut zu diffamieren. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft halte daher an ihrer Ansicht fest, dass die berechtigten Anliegen der Volksgruppe nur durch direkte Gespräche zwischen der Tschechischen Regierung und den gewählten Repräsentanten der Landsmannschaft geregelt werden können.

*Hildegard Schuster
Pressesprecherin*